



Resolution zu Privatisierung und Ungleichheit im Bildungswesen

Der EGBW-Konferenz, der Regionalkonferenz der Bildungsinternationalen, die vom 26. - 28. November 2012 in Budapest tagt, von der NASUWT (Vereinigtes Königreich) zur Annahme vorgelegt, verabschiedet am 27. November 2012

Privatisierung und Ungleichheit im Bildungswesen

Die Konferenz

1. glaubt, dass Bildung als eine grundlegende öffentliche Dienstleistung, die gesellschaftlichen Zusammenhalt, Gleichheit und Chancengleichheit fördert, betrachtet werden sollte;
2. beklagt die räuberische Privatisierung und Vermarktlichung von Bildung, die einen eklatanten und unmittelbaren Angriff auf Gleichheit und soziale Gerechtigkeit für alle darstellt;
3. nimmt mit großer Besorgnis den Angriff auf soziale und Arbeitnehmerrechte, Antidiskriminierungsschutz und den Mangel an konzertiertem Handeln zur Ausmerzung von Armut unter dem Vorwand der Verringerung des Haushaltsdefizits zur Kenntnis;
4. nimmt ferner die Nachweise zur Kenntnis, die den kausalen Zusammenhang zwischen Einkommen und Wohlstandsgefälle und ungleichen Bildungsergebnissen belegen;
5. bekräftigt die Bedeutung von Gleichheit und fairer Behandlung für Schüler, Studenten und Lehrkräfte sowie das Personal von Bildungseinrichtungen im Allgemeinen als besten Weg zur Gewährleistung von Ergebnissen für alle;
6. ist bestürzt über zunehmende Belege dafür, dass ideologisch motiviertes Streben nach Privatisierung und Vermarktlichung von Bildung zu erhöhter Diskriminierung, gesellschaftlicher Fragmentierung und zunehmender Ungleichheit führt, wobei diejenigen, die über die wenigsten Ressourcen verfügen, am meisten betroffen sind;
7. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass wirtschaftliche Sparpolitik verheerende und unverhältnismäßige Folgen für das Leben von Schülern und Studenten aus weniger privilegierten Familien hat;
8. befürwortet weiteres Handeln durch das EGBW, um auf die Privatisierungsbestrebungen in der Bildung aufmerksam und nachdrücklich dagegen Kampagne zu machen, insbesondere mit Blick auf das Ziel der Gewährleistung von Gleichheit für Lehrer und Schüler/Studenten.